

Berliner Tageblatt



Ar. 28

und Handels-Zeitung

Verleger: E. Schöber, Wolff in Berlin, Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die nächsten „Verfehlungen und Sanktionen“.

Erhebung der Kohlensteuer in den besetzten Gebieten. — Kontrolle der Dominiälwälder. — Errichtung einer Zolllinie.

Weiterer Vormarsch im Ruhrgebiet.

„Wir liefern nicht, komme was wolle.“

Die neuen Drohungen Frankreichs.

(Telegramme unseres Sonderkorrespondenten.)

Paris, 17. Januar.

Ich hatte heute Gelegenheit, mit mehreren Persönlichkeiten des Bergbaus zu sprechen. Eine führende Persönlichkeit des Bergbaus im Ruhrgebiet erklärte mir: „Unsere Parole ist kurz. Wir halten fest und tun unsere Pflicht im Interesse Deutschlands. Wir liefern nicht, komme was kommen mag.“

Die von dem Kommando der Besatzungstruppen eingerichteten Kontrollkommissionen zur Kontrolle des Kohlenverkehrs in Mülheim und Dierhausen usw. sind wieder aufgegeben worden, da eine solche Maßnahme sich nicht als durchführbar erwiesen hat. Auf sämtlichen kleineren und größeren Bahnhöfen des Ruhrgebietes werden aber zurzeit Bureaus mit französischen Eisenbahnern eingerichtet, und man glaubt, daß die Kontrolle durch diese, aber noch einer anderen Pläne wie zuerst beabsichtigt, durchgeführt werden soll. (Siehe auch Seite 2.)

Paris, 17. Januar. (D. Z. B.)

Die Agentur Havas berichtet über die nächsten Maßnahmen: Infolge der gestern festgestellten Verfehlungen Deutschlands bei den Kohlenlieferungen hätten sich die französische und die belgische Regierung entschlossen, sofort auf Konto der Alliierten die Kohlensteuer in den besetzten Gebieten zu erheben. Italien werde sich dieser Maßnahme anschließen. Weitere Sanktionen seien noch Gegenstand von Beratungen zwischen den drei Regierungen, und zwar infolge der zwei weiteren, von der Reparationskommission festgestellten Verfehlungen Deutschlands. Es käme vor allem die Kontrolle der Dominiälwälder in Betracht. Diese werde vorbereitet; ferner werde die Errichtung einer Zolllinie im Rheinland und um das Ruhrgebiet geprüft. Geiseln haben zunächst sechs der Zechenbesitzer aus dem Bezirk Essen die Requisitionen erhalten, und zwar jeder einzeln. Weitere Requisitionsbefehle sollten gestern abgehen, so daß sämtliche Grubenbesitzer baldigst im Besitz der Requisitionsbefehle sein würden. Die Grubenbetreuer würden eingekerkert für die Sicherungen haftbar gemacht, das heißt, es werde ihnen mit dem Prozeß vor dem Rittergerichte gebracht.

Paris, 17. Januar.

Die Berichte aus dem Ruhrgebiet klingen bereits etwas weniger zuberstehend als in den ersten Tagen der Besetzung. Die Kommentare der Pariser Zeitungen betonen noch immer die Notwendigkeit, daß das Unternehmen streng durchgeführt werden müsse. Aber die Ermahnungen der Schweregeistes nehmen einen größeren Raum ein. Ferner schreibt in „Echo de Paris“: „Es gibt eine Sache, die sich hier entwickelt. Aber deren Charakter darf sich niemand Illusionen hingeben. Unser Unternehmen ist rechtlich und wirtschaftlich gesprochen eine Art Verdun. Eine lange Zeit wird noch vergehen, ehe sich Erfolge erkennen lassen. Aber in diesem Unternehmen müssen wir siegen, denn wir haben schließlich die Macht, das ganze deutsche Volk in Hunger und Elend zu bringen.“ Der Reporter des „Echo de Paris“, Marcel Guin, hörte von einem Vertreter der Regierung folgendes: „Wir werden vielleicht noch schwere Tage zu überwinden haben, unsere Geduld und unser kaltes Blut werden auf die Probe gestellt werden. Nichts wird uns aufhalten. Unsere Generale und Techniker haben ihre Instruktionen. Unser fester Wille muß uns den Erfolg bringen.“

Aus den Stimmen der Zeitungskorrespondenten aus dem Ruhrgebiet geht hervor, daß die Zechenbesitzer fest geblichen sind, und daß die Sicherungen verweigern, obwohl der General-Devisenschein bei einer Verpfändung in Düsseldorf mit Requisitionen und bei fortgesetzter Diktation mit dem Kriegsgericht bedroht ist. Widerstand wurde nicht gebildet. Einer der tapferen deutschen Ingenieure sagte, nach französischer Bericht, gleich zur Regierung: „Hier lasse ich mich einpferren, als daß ich Kohlen herausgebe.“

Man werden also, wie die Pariser Mäcker schreiben, die Requisitionen im großen Stile beginnen. Gestern, so wird gemeldet, seien 3000 Tonnen Kohle nach dem Westen transportiert worden. Von heute an sollen täglich 15000 Tonnen an Kohle und ungelagerte ebenfalls Kohlen geliefert werden. Außerdem werde von heute an eine Kohlensteuer erhoben. Es müsse auch für ein Notgeld und für die Ernährung gesorgt werden. Truppenwachposten seien notwendig, da, wie die Presse vermeldet, das ganze Ruhrgebiet besetzt werde und neue Sanktionen bevorstünden: die Errichtung einer Zollgrenze im Rheinland und an der Ruhr und die Beschlagnahme sämtlicher Wälder.

In einigen Blättern der Opposition, die heute etwas mutiger sind, wird die Ansicht ausgesprochen, es könne nicht viel helfen, wenn man Vertreter von Thyssen, Krupp, Stinnes und Gumbel vor das Kriegsgericht stelle, da es nicht möglich ist, der Herren selbst haftbar zu werden. Man dürfe nicht so unklug sein, Märtyrer zu schaffen. Von praktischen Vorschlägen zur Entwirrung der Lage ist nur einer zu erwähnen, der auf die deutschen Erklärungen Bezug nimmt, die deutsche Regierung sei zu Verhandlungen bereit, aber nur zu Verhandlungen mit allen verbündeten Mächten. Der „Deure“ glaubt, daß hier ein Ausweg zu finden sei. Die Reparationskommission habe vor dem 31. Januar eine Antwort auf das

deutsche Gesuch um ein Moratorium zu erteilen. Es soll dem Befehl nicht ein Ultimatum mit dem Verlangen von Bandrückgaben und Änderungen von neuen Sanktionen gestellt werden, sondern man solle die Reichsregierung einladen, ihre Vorschläge vor dem Plenum der Reparationskommission vorzubringen, das die Gesamtheit der Verbündeten und Alliierten repräsentiert. Aus einer solchen Verhandlung würde mehr herauskommen, als aus den militärischen Operationen. Das Blatt vergißt, daß die Reparationskommission eine Maschine geworden ist, die lediglich zur Abstempelung der Pläne der französischen Politik dient.

Das „Echo de Paris“ sammelt Unterschriften für eine Petition, in der die Regierung aufgefordert werden soll, das deutsche Aufschiffmaterial als „Austauschleistung“ mit Beschlagnahme zu belegen. Deutschland soll keine Kautionsfähigkeit besitzen, ehe es nicht seine Schulden bezahlt hat. Frankreich müsse von dieser Sorge (1) befreit werden, dann könne es seine eigene Kautionsfähigkeit organisieren. Diese wahrscheinliche Idee, die natürlich die französische Angst vor der deutschen Kontrurreise verort, könnte ironisch übergegangen werden, wenn nicht erstarrte Politiker, unter ihnen sogar Courcier und Lardier, sie durch Unterschriften an die „Chambre de Commerce“ unterstützen.

Vormarsch auf Münster.

(Telegramme unseres Sonderkorrespondenten.)

Paris, 17. Januar.

Die französischen Truppenbewegungen sind bis heute früh über Dortmund hinaus bis Herde fortgesetzt worden. Es scheint nun für heute ein kurzer Stillstand in den Bewegungen einzutreten. Wie ich aus gut unterrichteten Kreisen höre, will man den heutigen Tag abwarten und erst dann zu weiteren „Sanktionen“ schreiten, falls Deutschland heute nicht mit den Kohlenlieferungen beginnt. Während gestern im Ruhrgebiet 17 Transportzüge eingelaufen sind, sind für heute noch sieben größere Transporte gemeldet. Die Anforderungen neuer Transportzüge bei der Eisenbahndirektion Essen lassen darauf schließen, daß Vorbereitungen größeren Stiles seitens der Franzosen getroffen werden, um weitere Besetzungen vorzunehmen.

Die Forderungen der Besatzung machen sich im ganzen Ruhrgebiet schon sehr empfindlich bemerkbar. Die Wohnungsnot ist durch die Beschlagnahme zahlreicher Räume katastrophal. Der Schulunterricht mußte teilweise eingestellt werden, weil zahlreiche Schulen von den Besatzungstruppen besetzt sind. Vor allen Dingen ist aber eine kolossale Verteuerung der Lebensmittel erfolgt. Die Verpflegung der Besatzungstruppen wird im allgemeinen aus französischen Heeresbeständen durchgeführt. Es haben aber auch schon bedeutende Aufkäufe an Lebensmitteln und Textilien stattgefunden. Die französische Besatzung verlangt, daß jede von ihr geforderte Menge von Waren in den Geschäften verabreicht werden muß.

Französische Eodmittel für Süddeutschland.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Frankfurt a. M., 17. Januar.

Bei einer Fremdenbesuchung in Frankfurt im Besonderen hielt der bayerische Arbeitsminister Dr. Engler eine Ansprache, in der er die interessante Tatsache mitteilte, daß Frankreich verschiedene süddeutsche Gebietsstellen eine bessere Kohlenlieferung in Aussicht gestellt habe. Unter letzterem Vorbehalt bestanden der Minister, wobei habe diese einseitige Bevorratung ausgeübt, da sie anderen Bundesstaaten zum Nachteil gereichen würde. Heute, in einem Zeitpunkt drohender Fremdherrschaft, dürfe es keinen Partikularismus einzelner Bundesstaaten mehr geben. Mehr als je wolle die Idee des einigen deutschen Volkes im gemeinsamen deutschen Vaterland zur Geltung kommen.

Die ersten „Requisitionen“.

Geplante Verhaftung von „Geiseln“!

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 17. Januar.

Heber den Beginn der Requisitionen im Ruhrgebiet werden die Blätter: Ein Kohlenzug nach Bayern wurde nicht abfahren. Andere Kohlentransporte seien umgeladen und nach Westen dirigiert worden. Die französischen Truppen haben die Eisenbahnlinie Dortmund-Herde besetzt. Das ganze Kohlengebiet soll abgesperrt werden, damit das nichtbesetzte Deutschland keine Ruhrkohlen erhalten könne. Die „Liberte“ ist mit dieser Maßnahme noch nicht zufrieden. Sie kündigt weitere Besetzungen an und verlangt, daß eine Anzahl von Grubenbetreibern und Kohlenmagazinen als Geiseln verhaftet werden, um, wenn französische Soldaten in Gefahr kommen sollten, mit ihrem Leben für alle von der Reparationskommission festgestellten Verfehlungen und für alle Schwierigkeiten zu haften, welche die Hartnäckigkeit (1) der Berliner Regierung noch machen kann. Der „Temps“ geht vorläufig noch nicht soweit, erwähnt aber die Regierung und das französische Volk, sich nicht durch anfängliche Mißgeschick und durch brohende Hindernisse abweisen zu lassen. Man würde an's Ziel kommen, wenn man sich um Einzelheiten nicht kümmern und sich durch wechselnde Einbrüche der ersten Tage nicht verwirren lasse.

Die wirtschaftlichen Rückwirkungen.

Frankreichs wirtschaftsministerielle Ziele. — Die Rede des Reichswirtschaftsministers. — Die Kohlenverteilung.

Erich Dombrowski.

In dem Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, scheint der französische Vormarsch im Ruhrgebiet sich zu verlangsamen oder gar stillzulegen. Die Franzosen wollen den Zechenbesitzern noch eine letzte kurze Zeit geben, um sich den Lieferungsbedingungen zu fügen. Bergwerksbesitzer und Arbeitnehmer werden aber aller Wahrscheinlichkeit nach ungeduldig bleiben. Frankreich wird unisono auf ein Entleeren warten. Heute abend oder spätestens morgen früh werden die französischen Truppen also nach neuen Plänen greifen und weiteres, deutsches Gebiet überflutet werden. Die Bevölkerung der herangekommenen Städte und Landchaften hat sich bisher, trotz des Widerstandes seitens, heroisch gezeigt. Wir sind überzeugt, daß sich die Bevölkerung auch durch weitere Bedrückungsversuche nicht in ihren entschlossenen Ausdauer beirren lassen wird. Aber die französische Presse durchblättert, gewahrt, daß in den letzten vierundzwanzig Stunden sich die Gedanken über die Inermöglichkeit der Fortsetzung langsam, wenn auch vorläufig nur vorübergehend, zu neuen beginnen. Gewiß, wir wollen das nicht übersehen. Aber das eine ist doch Tatsache, daß die militärische Expedition, die ursprünglich angeblich nur eine Sühneaktion sein sollte, sich allmählich wie ein Selbstzweck auszuweisen und den Charakter eines Feldzuges zu nehmen beginnt. Immer mehr Truppen, Behälter, Material, und doch sieht man noch kein Ende ab. Der französische Erfolg, weil Deutschland die Wiedergutmachungsleistungen an Holz und Kohle nicht bis zum letzten Zwischelen erfüllt hatte. In Zahlen umgerechnet waren wir noch nicht mit dreißig Millionen Francs im Rückstand. Jetzt sind aber schon über zweihunderttausend Mann französischer Soldaten im Ruhrgebiet, von denen jeder allein einen Sold von 2000 bis 3000 francs empfängt. Diese Belastung kostet täglich Millionen, und ihr ungeheurer Aufwand geht in keinem Verhältnis zu den sogenannten Verfehlungen Deutschlands. Aber was tut? Poincaré wollte keine Vertagung. Der Reichswirtschaftsminister hat gestern im Reichswirtschaftsrat in dieser Hinsicht auf eine unerwartete Tatsache aufmerksam gemacht: Deutschlands Verlust, die Kohlenlieferungen voll zu erfüllen, sei so weit gegangen, daß man in England Kohle kaufen und in Frankreich Gebieten wollte. Umsonst. Die französische Regierung hätte die den Kopf. Sie wollte „Verfehlungen“, um die Unterlage für ihre imperialistische Politik zu gewinnen.

Die letzten Ziele Frankreichs liegen eben auf ganz anderem Gebiet. Deutschland überall Glieder wegzureißen, es zu zerstören und zu vernichten. Deutschland soll wieder in einseitige Abhängigkeit versetzt werden, wie im Weltkrieg und wie im Tilsiter Frieden. Frankreich hofft dann dauernd den Westen und Süden, wie einst im Rheinbunde, beherrschen zu können, und da eine reine Machtpolitik in den überhöferten Staaten der Gegenwart, im Gegensatz zu früher, nicht denkbar ist ohne die entsprechende wirtschaftliche Grundlage, so soll ihm das rheinisch-westfälische Ruhrgebiet dazu dienen. Frankreich ist heute mit seinen ausgedehnten marktfähigen und alsbald lohnbringenden Erzeugnissen das reichste Land Europas. Was ihm fehlt, ist die Kohle, der Kraft für die Verhüttung. Darum auch der geringe Griff nach der westfälischen Zerkohle, die es ihm gestatten würde, künftig als größter Konsument Englands und Americas auf dem industriellen Weltmarkt zu erscheinen und das ganze Kontinentaleuropa hemmungslos zu beherrschen. Französische deutsche Wirtschaftspolitiker haben, auch an dieser Stelle, einen deutsch-französischen Zuananhangen auf industrieller Basis bereits seit langem das Wort geredet. Es hätte sich vielleicht auch, wenn niedriger Geschäftssinn und nicht wasserheller Eitelkeit in Paris vorhergehender gewesen wäre, im Zusammenhang mit der Reparationsfrage ein Ausweg finden lassen können. Verheißungsvolle Ansätze waren vorhanden. Nun ist all die mühsame wirtschaftspolitische und psychologische Vorarbeit dafür jäh junicht gemacht worden. Poincaré und die hinter ihm stehenden Wirtschaftspolitiker haben offenbar drei Absichten: Erstens die Reparationsforderungen als einen dauernden politischen Druck auf Weimarer hinaus Deutschland gegenüber ausnutzen zu können. Zweitens die kapitalistische Durchdringung des rheinisch-westfälischen Kohlengebietes unter der Zerkohle, genau so wie im Saargebiet, gewaltsam zu erzwingen. Drittens den rheinisch-westfälischen Bufferstaat, über kurz oder lang, auf die Weine zu stellen und ihn ein von übrigen Reich losgelöstes Süddeutschland in loser Form anzugliedern. Darauf deuten auch die Verhinde der Franzosen, die sie in diesen Tagen gemacht haben, die süddeutschen Staaten bei der Kohlenbelieferung ganz besonders zu bevorzugen. Die absolute Entwertung der deutschen Mark endlich soll die west- und süddeutsche Bevölkerung völlig an der wirtschaftlichen Wiede-

aufklärung des Reiches verweisen lassen und sie auf einen Weg drängen, der, auf der Basis einer neuen Mündigkeit, am besten der Frankfurter, sie in die Arme eines neuen Rheinbundes führt.

* * *

In seiner großen Rede, die der Minister Dr. Becker gehalten über die wirtschaftlichen Folgen der Ruhrbelegung hielt, gab er einen Lebensbild über die wirtschaftlichen Folgen der Ruhrbelegung. Das Bild, das er entwarf, war nicht rofarian. Die Kohlenbasis für die deutsche Industrie wird in der nächsten Zeit knapper werden. Manche Unternehmungen werden ihren Betrieb einschränken oder gar einstellen müssen. Die Ziffer der Arbeitslosen wird anschwellen. Die Lebenshaltung wird sich verteuern. Die Gutwertung der Mark wird weiter fortschreiten. Das alles war vorauszu sehen. Damit hat die Regierung auch wohl von vornherein gerechnet. Desgleichen der Reichstag. Dennoch haben sie sich zu der Abwehr entschlossen, in der wir heute mitreden stehen. Das deutsche Volk wird, wie so oft schon seit acht Jahren, auf eine harte Probe gestellt. Wird es sie diesmal, wochen- monatelang, bestehen? Können die Deutschen wirtschaftliche Krisen und politische Zukunft stehen auf dem Spiel. Darüber darf sich niemand täuschen. Aber mit reiner Passivität ist es nicht getan. Große Aktivität muß sich auf innerpolitischen und wirtschaftlichen Gebieten zeigen. Die Parteien müssen, solange der Gegner bewaffnet auf deutscher Scholle steht, an dem einmütigen Botschaft halten, das sie dem Kabinett vor einigen Tagen gegeben haben, als sie ihm versprochen, es mit allen Mitteln zu unterstützen. Inter arma silent musae. Sprechen die Waffen (wenig auch nur einseitig), so hat der Parteiführer zu schweigen. Diese Mahnung richtet sich vor allem an jene rechtsradikalen Kreise, die jetzt vielleicht den Moment für gekommen erachten, um, in der Stunde höchster vaterländischer Not, irgendeiner Diktatur durch Furchen den Weg zu bereiten. Wir glauben nicht daran, daß auch nur größere Bevölkerungsteile sich hinter diese Leute stellen würden. Die Wächter für einen solchen Schlag gegen die Republik dürfen denn auch, wenn sie vielleicht eine Zeitlang bestanden haben, jetzt kaum noch ernstlich in Frage kommen.

In der inneren Politik werden also die Parteien aller Schattierungen größte Zurückhaltung üben und alles Trennende vorerst zurückstellen müssen. Mit um so größerem Eifer werden sie sich dafür der wirtschaftlichen Entwicklung widmen müssen, um sie nicht einer Krise entgegenzutreiben zu lassen. Dr. Becker hat sich, unseres Erachtens etwas fatalistisch, über die nicht aufzuhaltende allgemeine Verteuerung ausgesprochen. Gewiß ergibt sie sich zwangsläufig aus dem Sturz der Mark. Mit geschicklichen und verwaltungstechnischen Maßnahmen ist abzusehen nicht viel dagegen zu machen. Die Wiedereinführung der Zwangs- währung, auf diesem oder jenem Gebiete, kommt nicht mehr in Frage. Die Spuren der Kriegszeit schmerzen. Dennoch ist manches in dieser Beziehung zu tun. Die Regierung hat sich bisher damit begnügt, einige äußere trübe Flecken des deutschen gesellschaftlichen Lebens durch Bettel- und Arbeitslosenarbeiten zu beseitigen. Den Wurzeln und Diefen ist man auf den Leib gerückt. Die überhandnehmenden Lagen, vor allem nachmittags hat man verboten. Das Schanzfliegen- gesetz soll erweitert werden. Der Lebenshaltung Deutschlands durch Ausländer, unter denen sich leider eine sehr große Anzahl negativer Engel befindet, will man Einhalt gebieten. Gut. Aber, letzten Endes, berührt das nur die Fassade. Die große Masse der Bevölkerung, alle die bedrückenden Kreise der Arbeiter, Angestellten und freien Berufe, die an dem kurzweiligen Treiben einer kleinen Schicht Anstöß genommen haben, wird das mit Vergnügen begrüßen. Näher indessen als die tailor-made des Ausländers und Schmeißer mit dem Einfluß liegt ihr das Hemd: das heißt der tägliche Lebens- mittel. Der Minister hat ausdrücklich erklärt, daß, trotz der Lebenshaltung des Kohlenhandels nach Hamburg, die Kohle auch weiterhin gemeinwirtschaftlich verteilt werden wird. Da zudem der Ausbrand, soweit nicht Warmwasser- vorbereitung in Betracht kommt, mehr mit Braunkohle und Breiwerk versorgt wird, so dürfte darin in den nächsten Wochen kaum eine Minderung eintreten. Von der eigentlichen Kohlen-

einschränkung werden demnach in erster Linie die öffentlichen Anlagen und die industriellen Betriebe betroffen.

Und die Lebensmittel? Die Regierung hat, wie Dr. Becker mitteilte, bereits Verhandlungen mit den Wirtschaftsbereichen eingeleitet, und auch Besprechungen mit den Gewerkschaften in Aussicht genommen. Opfer werden von allen Seiten gebracht werden müssen. Die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit genügend Lebensmitteln aller Art wird Aufgabe der Landwirtschaft sein, die noch ganz anders als bislang Getreide, und insbesondere Milch abliefern muß. Hier kann einmal das Hilfswerk der Landwirtschaft zeigen, daß es wirklich, über die Einzelinteressen hinweg, dem ganzen deutschen Volke Dienste leisten will. Die Kerben können nur dann durchhalten, wenn der Körper genügend ernährt wird. Im Zusammenhang mit der Landwirtschaft wird die Regierung in verstärktem Maße auch Lebens- mittelankäufe, möglichst auf Kredit, im Auslande vorzunehmen haben. Opfer wird auch die gesamte Unter- nahrung zu bringen haben. Die Frage, wie man der Verteuerung der Lebenshaltung entgegenzutreten kann, ist nicht zuletzt ein Lohnproblem. In den Auseinander- setzungen über die Anpassung der Löhne und Gehälter an die sprunghaft steigenden Preise werden die Arbeitgeber großzügig handeln müssen, um die Arbeitslosigkeit in diesem Momente zu vermeiden. Dabei sind wir uns natürlich darüber klar, daß bloße Forderungen natürlich nicht die Preisentwicklung paralisieren können. Im Gegenteil, wie die Erfahrung gelehrt hat, wirken sie eher beschleunigend. Aber alles kommt darauf an, daß wir über die nächsten Wochen hinwegkommen. Unsere Aufgabe muß es sein, für das Heute zu sorgen — aber freilich zugleich das Morgen vorzubereiten.

Keine Reparationskosten!

Trotz der angedrohten Zwangsmahnahmen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Essen, 17. Januar.

Wie wir auf Anfrage bei den beteiligten Werken feststellen konnten, haben die Zechen des Ruhrreviers auch heute die Reparationskostenleistungen nicht wieder aufgenommen und halten sich, trotz des entgegenstehenden neuen Beschlusses der französischen Militärbehörden, an das Verbot des Reichsstaatskommissars. Die angedrohten Zwangsmahnahmen gegen die Zechen und deren Leiter sind bisher nicht verwirklicht worden. Bis heute mittag war auch auf die gegen verschiedene Ruhrindustriellen, Fritz Thyssen usw., gemachte Erklärung, sie würden von jetzt an unter gerichtlichen Verfahren, nichts weiter erfolgt.

London, 17. Januar. (W. Z. A.)

Der Sonderberichterstatter der „Times“ in Düsseldorf schreibt, die Lage im Ruhrgebiet sei in den letzten vierundzwanzig Stunden ausgesprochen ernst geworden. Der Berichterstatter halte eine Unterredung mit einigen Vertretern der Großindustrie nach ihrer Zusammenkunft mit den französischen Generalen Simon und Denigues gehabt. Die deutschen Industriellen erklärten mit dem größten Nachdruck, daß nichts für veranlassen würde, ihre Haltung zu ändern oder auch nur einen Augenblick die Reparationsleistungen zu er- wägen, solange die französischen und die belgischen Truppen im Ruhrgebiet blieben. Zwei Gewerkschaftsführer und Mitglieder des Ausschusses des Deutschen Bergarbeiter- verbandes erklärten dem Berichterstatter, die Bergarbeiter würden sich weigern, Überstunden für die Franzosen zu machen, so lange so viele Bergarbeiter in England erwerbslos seien. An einer solchen absurden Lage sei nur der Militarismus schuld. Die Gewerkschaftsführer gaben ihrer großen Empörung darüber Ausdruck, daß sie nach Düsseldorf gebracht wurden, um eine so bedeutungslose Mitteilung eines französischen Generals entgegenzunehmen, und erklärten nachdrücklich, daß sie einer weiteren Aufforderung zu einer solchen Zusammenkunft nicht mehr folgen würden. Der Berichterstatter stellt weiter fest, daß sich die deutsche Entschlossenheit unter den Arbeitgebern, Arbeitern und Beamten festigte und daß die Erregung der deutschen Bevölkerung zunahm. Der Regierungspräsident von Düssel-

dorf erklärte dem Berichterstatter, daß die Lebensmittelpreise in Essen seit der Besetzung um 50 Prozent gestiegen sind, und daß die Requisitionen besonders von Holz, Stroh und Petroleum große Not verurachten. Niemand wisse, woher das Geld, das notwendig sei, um die 550 000 Ruhr- bergarbeiter zu bezahlen, nach dem nächsten Zahlungstage kommen solle.

Dem Ruhrreporter des „Reit Parisien“ erklärte ein Direktor des Kruppischen Werkes: „Wir rechnen damit, daß man uns vor ein Kriegsgericht stellt und ins Gefängnis wirft. Wir sind bereit, dies zu ertragen — aber Kohlen werden wir nicht liefern.“

Die Haltung der Bergarbeiter.

Dequotte Einladung an die Kommunisten.

Nach den an zuständiger Stelle in Berlin aus dem Ruhrgebiet vorliegenden Meldungen ist es dort zu weiteren Zwischenfällen nicht gekommen. Die Zechenbesitzer bleiben nach wie vor in der bisher eingegangenen festen Haltung. Desgleichen verharren auch die Bergarbeiter in ihrer ablehnenden Stellungnahme. Der Verlauf der gestrigen Sitzung mit den Franzosen in Düsseldorf hat sie in dieser Haltung nur noch bekräftigt. Die leitenden Beamten der „Gute Hoffnungshütte“ erklärten, daß sie sich in keinem Fall aus ihrer bisherigen Stellung abbringen lassen würden. Bemerkenswert ist, daß der General Dequotte persönlich die Kommunisten zu Verhandlungen eingeladen hat. Die links- rheinischen Zechenverwaltungen erklärten, daß sie, soweit nicht deutsche Stellen in Betracht kämen, nur den Anordnungen des Alliierten Ausschusses in Koblenz Folge leisten würden. Falls die Franzosen zu einer Requisition der Kohlen und Beschlagnahme der Bergwerke schreiten würden, würden sie hierdurch noch nicht einmal ein solches Geld herausbekommen, um den Berg- arbeitern die Löhne zahlen zu können, da die Gärten, wie bereits gemeldet, von Kohlenbeständen leer sind. Der Werkver- treter ist von den Franzosen erklärt worden, daß die französischen Mahnahmen nicht in das Geschäftsgeheimnis eingreifen würden. Demgegenüber ist zu bemerken, daß in der französischen Note selbst darauf hingewiesen worden ist, daß es zu den Befug- nissen der Kommission gehöre, Einblick in die Bücher und verglichen nehmen zu können. Außerdem würde auch die Aus- legung des Begriffs „Geschäftsgeheimnis“ von den Franzosen so erfolgen, wie es ihren Wünschen entspricht.

Die Verpflichtungen an die Arbeiter.

„Gute Bezahlung und Verpflegung.“

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 17. Januar.

Die ganze französische Politik geht darauf aus, die Arbeiter durch Verpflichtungen auf die Seite Frankreichs zu ziehen. General Denigues hat, so melden die Wächter, mit den Arbeitervertretern, die er nach Düsseldorf eingeladen hat, ganz anders verhandelt als mit den deutschen Unternehmern. Er sagte ihnen, die Befehle sei durch die Haltung der deutschen Regierung herbeigeführt worden, nach dem Willen des Generals Dequotte solle aber die Arbeiterbevölkerung deshalb nicht leiden. Sie werde gut bezahlt und verpflegt werden, wenn sie bei der Kohlenförderung weiter helfen werden.

Generalkrieg als Protest?

Mahnahmen der Internationalen Gewerkschaftskommission.

(Telegramm.)

Essen, 17. Januar. (W. Z.)

Der Vorliegende des Alten Bergarbeiter- verbandes in Bochum ist gestern nach Amsterdam abgereist zur Teilnahme an der Sitzung der internationalen Ge- werkschaftskommission, in der Protestmahnahmen gegen die Besetzung des Ruhrgebietes beraten werden sollen. Es wird unter anderem die Proklamation eines internationalen Generalkrieges erwogen. Der zweite Vor- liegende des Bergarbeiterverbandes ist zu wic- htigen Besprechungen nach Berlin abgereist.

Schluß. Die Coda des Finales steigert Schneewogt in einer Weise, die zwar der Idee des Siegfastes entspricht, aber doch über immerhin Wichtiges adios hinwegstricht. Kein Zweifel, daß es so nicht gemeint ist, wie es auch Brahms selber nie eingefallen ist, ein solches Tempo anzuschlagen oder anschlagen zu lassen.

*

Das Konzert von Dimitri Smirnow in Marburg war eine raffinierte Angelegenheit. Die weite Halle füllte ein Auditorium von begeisterten Anhängern und spendete dem nach meiner Ansicht recht überfüllten Sänger Beifall über Beifall. Smirnow hat allerdings einen ungewöhnlichen, großen und nicht nur in der Höhe klang- kräftigen Tenor, aber sein ungleiches, oft hakiger und gequälter Ton läßt einen ungetriebenen Gesang nicht aufkommen. Der Smirnow sang nicht nur russisch, sondern fügte auch seine Zugaben in russischer Sprache an. Geheuen wir da eigentlich noch hin?

Zum Schluß vier Klavierstücke. Dem jungen Alexander Arseniew kann man aus vollster Überzeugung zustimmen. Er hat eine charakteristische Note, er fesselt vom ersten Moment an. Seine feingefühlteste Technik läßt nichts mehr von der Lebensbindung des Mechanischen spüren, sie ist souverän, im besten Sinne des Wortes elegant. Was besonders für ihn einnehmend ist, der heilige, um den Effekt völlig unbekümmerte Ernst, mit dem er sich in seine Aufgaben vertut. Ich hätte ihn Chopin spielen. Am meisterhaftesten die Gärten, bis auf die in C-moll, der es (vielleicht infolge vorübergehender Ermüdung) ein wenig an Kraft und Größe mangelt. — Leonid Kreutzer spielte mit dem wunderbarsten Orchester die Konzerte von Brahms (D-moll), Schumann und Liszt (a-moll) und gab als Musiker wie als Pianist erneut Beweise seines Könnens. Zum Brahms-Konzert noch nicht ganz griffrieger, vermochte er doch besser als andere den Reiz des Wertes zu enthüllen. Wenn es dabei keine Unstimmigkeiten mit dem von Gustav Brecher geleiteten Orchester gab, so ist einzig die ungewöhnliche Technik daran schuld, von der sich der musikalisch sonst vollwertige Dirigent selbstbewußt nicht lösen vermag. — Einer, der uns etwas galt, Severin Eisenberger, hat sich in längerer Abwesenheit nicht verbessert, sondern, geradeheraus gesagt, recht vernachlässigt. Sein Abend im Beethoven-Saal machte lo wenig günstigen Eindruck, das man lieber nicht davon spricht. — Dagegen stand Bruno Cisneros Klavierabend unter einem günstigen Stern. Frey von der ihn oft lähmenden Nervosität spielte er Beethovens A-dur-Sonate musikalisch wohlüberlegt und auch technisch zur fast faszinierenden Befriedigung seiner Zuhörer.

Absterben im Reich. Generalintendant Gustav Darrung be- rietet im heftigen Konflikt. Der Reichstag hat die Auflösung der Scene „Am Tag des großen Aufstandes“ von Urub vor, die innerseitig im „S.“ veröffentlicht wurde.

Aus den Konzerten.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Leopold Schmidt.

Trauen Masse und Kälte; unfreundlicher Wind und matschiges Schneetreiben. Man kommt in die Harmonie, in Licht und Wärme, unter viele, unglücklich viele musikalische Menschen. Und fällt sich zugleich in eine behagliche Atmosphäre versetzt, denn Vater haben hat das Wort. Er plaudert munter und ungenau, geist- reich und schalhaft, dann wieder alsbaldig bescheiden und wieder. Mühselt aus unerbauter Kraft und Frische, immer dem hellen, Lebensfreudigen zugewandt. Im Moment, kurz vor der Gabe, eine überaus, anormale Wendung, ein Gemächel, der der überlegenen Kunstverwandten des Marms, das eminent kritische dieser scheinbar harmlosen Improvisationen zeigt. So ganz belanglos. Gelegentlich wird auch ein kunstvolles Fugato aus dem Kernel ge- schüttelt, ohne den glatten und heiteren Verlauf des Finales im ge- ringsten aufzuhalten. Im Andante reifer, kindlicher Seelen- frieden, eine Schlichtheit die nicht nötig hat, sich zu motivieren. Das ist die Werte der Londoner Sinfonien mit dem Beinamen „Götterinfonie“ (wegen gewisser klanglicher Wirkungen so genannt). Wie glänzend wohl eine Zeit gewesen sein, in der solche Musik entstehen konnte, wie beneidenswert die Menschen, deren Emp- findungswelt sie umschloß! Noch können nur leise Trübungen von der Unzulänglichkeit alles Irdischen. Sie wird noch als etwas Natür- liches, Unabänderliches hingenommen und kann die naive Lebens- freude, den stilleren, behaglichen Genuß des Daseins nicht ernstlich gefährden. Aber wie immer ein Geschehen aus dem andern folgt, das Neue sich unaufhörlich aus dem Alten gestaltet, so trag auch die Kunst der handlichen Epoche schon die Keime der späteren Ent- wicklung in sich. Der ursprüngliche Programmwurf sollte und in weitem Sprünge zu Tschikowskis E-moll-Sinfonie führen; Wilhelm Furtwängler setzte jedoch an ihre Stelle, der Stimmung der Zeit Rechnung tragend, ein deutsches Werk. Beethovens Götterinfonie. Sie verleiht nicht ihren Eindruck. Aber während der Dirigent der Frische und Lebenswürdigkeit Haydns durchaus gerecht wurde, blieb er der große Beethovens Bedrück- liches schuldig. Der erste Satz wenigstens, den ich hörte, erlachte an allzu sentimentalischer Ausdeutung. Die wunderbare Rindleitung zur Neppie mit dem verträutlichen Gornstein wurde schließlich zu langsam, daß sie Sinn und Wirkung verlor. Furtwängler hat sich immerweise die (sonst distanzierte) Neigung, bei jedem Piano (langsam) und bei jedem Forte (schnell) zu werden, und sollte sich daraufhin einmal kontrollieren.

Als Solistin erschien an diesem Abend die jetzt in Kopenhagen Lebende Birgit Engell und bereitete den Hörern angetraute

Freude. Wir haben sie stets als außerordentlich feine Künstlerin geschätzt aber was sie in zwei von Furtwängler prachtvoll mit dem Orchester begleiteten Händelschen Arien bot — einer wenig bekannten aus „Alakanta“ und der Trauer-Arie aus „Aris und Galathä“, — das zeigte sie in ihrer Kunst noch gewandiger, gereifter. Welche Be- herrschung ihrer nicht großen, doch tragfähigen Stimme in der Bildung, Führung und im Anschließen des Tones, im Technischen wie im Ausdruck! Welch feiner Intonation und welche musika- lische Feinartigkeit bis in die kleinste Note hinein! Das war das Gesandteste, was ich seit langem gehört habe. — Zwei Nabel- sche Vierer, besonders das zweite „Ich atmet“ einen linden Duft“, waren von innerster Empfindung getragen. Sollte es nicht möglich sein, eine solche Sängerin zu gewinnen?

*

Für das Konzert der Staatskapelle im Opernhaus hatte Herrmann Abendroth zwischen das dritte Brandenburgische Konzert von Bach in G, das von den Streichern glänzend übertragen wurde, und Beethovens A-dur-Sinfonie Max Regers Violin-Suite gestellt. Die vier Lieder, — „Der geistige Grenit“, „Im Spiel der Wellen“, „Die Toteninsel“, „Bachanal“ — gehören nicht gerade zum Stärksten, was Reges geschaffen, zeigen aber den Meister als herangereiften Orchesterkomponisten in der Beherrschung der Mittel auch nach der sinnlichen, tonmalterischen Seite hin. Abendroth, der bei der Wahl moderner Werke so gar nicht gewinnlosig ver- fährt, sondern nur sein Amt als Interpret und Vermittler wertvoller Literatur im Auge behält, hatte die Wege dazu mit liebevoller Sorgfalt vorbereitet. Wie er im besonderen den „Greniten“ gestaltete, das war außerordentlich schön und fein, und unter herrliches Orchester bewährte sich dabei wieder als eine ganz von künstlerischem Geist erfüllte Körperarbeit.

Einmal hier noch Unbekanntes führte Georg Schneewogt in seinem dritten Konzert mit den Philharmonikern auf: Charles Martin Loefflers dramatisches Gedicht „Der Tod des Antigales“. Koellfer, ein geborener Schöpfer, der in Paris und Berlin studiert und im Badelou-Orchester als Geiger gewirkt hat, ging später nach Amerika und machte sich um 1900 einen Namen als Komponist. Sein „Antigales“, nach dem Materiefindigen Ma- rionettentanz entstanden, ist imphobische Dichtung Straußcher Oberwelt, in der allzu umfangreichen Anlage möglichst, aber zünd- gewaltig gute, zum Teil sogar interessante Musik. Gegen den Schuß hin erlähmt die Teilnahme des Hörers, denn das zugrunde liegende Programm nicht lebendig wird, immer mehr, und das ist eigenlich schade. Das Stück wurde vortrefflich gespielt. Der Storchmeier Dirigent, der hier schon sein festes Publikum hat, wurde wieder begleitet, das Schützlers „Unvollendete“ und nach der Beethovenschen C-moll-Sinfonie, in die er seine ganze Kraft und Seele legte. Ich liebe sein Musketierempfang und folgte freudig bis kurz vor dem

Die englischen Arbeiter gegen das „internationale Verbreden“.

Zwei Rundgebungen.

Der „Vorwärts“ veröffentlicht das Manifest, das die Spitzenorganisationen der englischen Arbeiterbewegung, Gewerkschaftsbund, Arbeiterpartei und Arbeiterfraktion (die über 144 Sitze im Unterhaus verfügt und Führer der Opposition ist), gegen den französischen Eroberungsbescheid erlassen. Das Manifest bespricht den Einmarsch ins Ruhrrevier als Kriegshandlung, als „Anbahnung eines Nachbarstaates in Friedenszeiten, die jeder Berechtigung entbehrt,“ und stellt an die englische Regierung die folgenden Forderungen:

- a) daß sie jede Art von Maßnahmen der Unterstützung oder der Mitwirkung mit den französischen Truppen in der gegenwärtigen Aktion unterlasse, wie z. B. die Erlaubnis an französische Truppen, ein Gebiet zu passieren, das von Engländern besetzt ist, oder die Erlaubnis, dieses Gebiet für irgendeine militärische Operation zu benutzen;
- b) daß sie durch eine eindeutige Erklärung von jeder süßholzerfüllt mit der gegenwärtigen Politik der französischen Politik abstrahiere;
- c) daß sie es ablehne, in irgendeiner Form aus der Aktion der französischen Regierung Nutzen zu ziehen, sei es durch einen Anteil an Reparationen, Kohle oder Waren, die als das Ergebnis dieser Aktion erhalten werden könnten;
- d) daß sie alle möglichen Maßnahmen ergreife, um die Zurückziehung sämtlicher Okkupationsarmeen zu sichern;
- e) daß sie die Regierung der Vereinigten Staaten in deren Bestreben unterstütze, den gegenwärtigen Konflikt einer unparteiischen Körperschaft zu unterbreiten;
- f) und daß sie einen formellen Vorschlag mache, dahingehend, daß das gesamte Reparationsproblem einschließlich der gegenwärtigen Aktion der französischen Regierung dem Völkerbund überwiegen werde.

Gleichzeitig hat die Unabhängige Arbeiterpartei Englands, deren Führer in der Arbeiterfraktion des Unterhauses sitzen, ein Schreiben an die sozialistischen Parteien Frankreichs, Belgiens und Deutschlands gerichtet. Das Schreiben geht davon aus, daß in England zur „Opposition gegen die verhängnisvolle Gewalttat“ kein besonderer Mut gehört, „denn in unserem Lande gibt es in dieser Frage tatsächlich nur eine Meinung,“ beglückwünscht dann die belgische und französische Sozialdemokratie zu ihrem Widerstand und spricht der deutschen „tiefe Sympathie in der grausamen Prüfung“ aus. Die Rundgebung verurteilt dann den „Militarismus der Sieger“, der nach Vorkriegszeit dieses ferdinandischen Territoriums von deutschen Vaterland hinget und fährt fort:

„Zeit dem Waffenstillstand hat die Politik der Sieger die deutsche Republik unterminiert, die Kräfte der Reaktion und des Militarismus gestärkt und die Arbeiter Zentral-europas in eine Armee gestürzt, die die ganze Kultur gefährdet. Auch wir Engländer sind nicht von diesen Mächten freigeblieben, denn der Ruin Europas ist die Erklärung für die Arbeitslosigkeit, unter der wir leiden.“

Wir begrüßen es, daß unsere deutschen und französischen Genossen sich über eine gemeinsame Politik der Wiederaufbauung der Schäden in Nordfrankreich und Belgien verständigt haben. Was unser eigenes Land anbelangt, so fordern wir weder Reparationen noch Entschädigungen, denn wir sind der Ansicht, daß Entschädigungen ebenso verneinend sind für diejenigen, die sie erhalten, wie für die, die sie bezahlen. Aber wir glauben, daß kein Fortschritt irgendeiner Art nach der Richtung einer vernünftigen finanziellen Regelung erzielt werden kann, solange die Bewegung des Rheinlandes fortdauert. Diese Bewegung hat mehr als irgendeines anderen die einst bewundernden und herzlichen Gefühle des belgischen Volkes gegenüber Frankreich vergiftet. Sie treibt, wie viele von uns aus eigener in Deutschland gemachter Erfahrung wissen, sogar die deutschen Arbeiter langsam zum Bewachungsstand. Es gibt keine Sicherheit in einer „natürlichen Grenze“, die sowohl das Selbstgefühl eines großen Volkes beaufordert, wie auch von Frankreich sogar jene Nachbarn abtötet, die glücklich wären, mit ihm in Freundschaft zu leben.“

Das Schreiben schließt mit der Aufforderung, „von den Regierungen die Einberufung einer Weltkonferenz zu verlangen, die mit diesem internationalen Verbreden einen Schluß macht.“

Amerikanische Stützung für deutsche Forschung.

Die Rockefeller-Stiftung hat einem deutschen Gesehftsausschuß 50 000 Dollars (¼ Milliarden Mark) zur Verfügung gestellt, um die wissenschaftliche Arbeit in Deutschland zu fördern. Dem Komitee gehören an der Pharmakologie Professor Frey, der Kliniker Professor Mathes, der Anatom Professor Woll, der Pathologe Professor Verdy und die Chemiker Professoren Willstätter und Haber.

Die Calderon-Gesellschaft

fürhte in Theater am Kurfürstendamm in Goethes „Laflo“ auf, immerhin ein Wagstück mit einem ad hoc zusammengesetzten Ensemble. Doch dem Spiel, dessen Namen der Theaterzettel verschweig, gelang es, Bräutigam zu schlagen zwischen dem Eigenarten seiner Darsteller, und so das Ganze zu einem großen, schönen, harmonischen Bau zu gestalten. In vorwärtiger Hand der Laßt Otto Laubingers, geschult an manchem großen Vorbild, aber doch voll individueller Gestaltungsfrucht, besonders in den Szenen mit dem Herzog. Den stellte Christian Baum erft edt ganz auf vornehm-folge Resignation. Die Frauen fanden dem Dichter wie dem Künstler gegenüber, und was mehr heißen will, auch unter sich die richtige Abstimmung der Seelen: die temperamentalere Grete Sandheim als Renone d'Este, die hingebend-schwärmerische Viktoria Strauß, die Sanvitale. Fein fügte sich in das Ganze der diplomatische Antonio Friß Albertis. Das Publikum nahm die Vorstellung voll innerer Anteilnahme auf.

Das telephonierende Herz.

Die Mitteilungen in der letzten Sitzung der Medizinischen Gesellschaft über telephonische und drahtlose Übertragung der Herzschläge haben natürlich die Aufmerksamkeit auf die Anjänge dieser Vorkrebungen gerichtet. Vielen Lesern des „Berliner Tageblatts“ wird vielleicht noch in Erinnerung sein, daß hier (in der Nummer 314 vom 24. Juni 1910) der Ingenieur Ludwig Baumgardt die erste telephonische Auskultation beschrieben hat. Ein Arzt auf der ersten telephonische Untersuchung des Herzes einer in London weilenden Patientin durch das Telefon, und zwar hörte er mit Hilfe des Lautverstärkers von G. Brown die Töne etwa in zwanzigfacher Verärkung wie beim direkten Abhören. Dieser Versuch wurde im Mai 1910 in der Londoner Gesellschaft der Elektroingenieure mitgeteilt und ist feinerzeit im 24. Heft der „Elektrotechnischen Zeitschrift“ veröffentlicht. Das damalige Experiment ist außerhalb der Kreise der Elektrotechniker wenig bekannt geworden, und die Medizin hat die Angelegenheit nicht weiter verfolgt; denn die Lautverstärkung war nicht konstant genug, um eine praktische Verwendung ausüßlichsvoll erscheinen zu lassen.

Die Theaterkritik.

Im Theater in der Königsgraben Straße steht Hans Schmidt v. Zwardowski fest allabendlich die Sitzplätze in dem Renaissance-Theater „Savonarola“.

Emil Jennings wird in einer von Karlheinz Martin losden vollendeten Bearbeitung von Shakespeares „Heinrich IV.“, welche es ermöglicht, beide Teile an einem Abend zu geben, den Fallstücken. Regie führt: Karlheinz Martin.

Die Stimmung in England.

Die „Katastrophenpolitik“ Poincarés.

Französische Verleumdungen.

Englische Stimmen über die Katastrophenpolitik Poincarés. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

2 Paris, 17. Januar.

Ueber die wirkliche Stimmung in England wird die öffentliche Meinung in Frankreich von den Pariser Zeitungen systematisch im Unklaren gelassen. Es sieht das so aus, als ob eine Art von freiwilliger oder vielleicht nicht freiwilliger Zensur besteht, die nur Mitteilungen zuläßt, die die Politik der Regierung unterstützen können. Von allen englischen Zeitungen wird am meisten die „Daily Mail“ angeführt, die ganz französisch ist und sich völlig für die Interessen Poincarés gebrauchen läßt. Die offiziellen Mitteilungen werden so entstellt, daß private Forderungen als Rundgebungen der englischen Regierung erscheinen. Es soll durch alle Mittel der Eindrud erweckt werden, daß die englische Regierung und das englische Volk mit der französischen Entscheidung zufrieden seien und den Deutschen Reiche eine kräftige Strafe wünschen. Deshalb sei hier bemerkt, was eine amerikanische Zeitung, die „Chicago Tribune“, vom 10. Januar aus London berichtet; der Vertreter der Zeitung, Johann Steele, schreibt:

„Ein britischer Diplomat gab mir Erklärungen über die Ruhrbesetzung ab, die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen: Wir warten nervös und ohne jede Hoffnung. Diese Politik der Unfähigkeit kam sich aber jeden Augenblick ändern. Der britische Entschluß, die englischen Truppen vom Rhein abzurufen, der weiter ernsthaft besteht, wird von allen Seiten durch einen Druck auf Bonar Law und das Kabinett verstärkt werden. Dieser Beschluß würde in England äußerst populär sein, weil das Publikum erstarrt darüber zu murren beginnt, daß eine große Heerarmee mit großen Kosten aufrechterhalten werde, nur um Frankreich zu helfen, durch seine Politik die Zahlung der Reparationschulden überhaupt unmöglich zu machen. — Man glaubt übrigens, daß eine Intervention beim Völkerbund beabsichtigt ist, und daß Schweden die Initiative dabei übernehmen werde.“ Diese eingehende Mitteilung der „Chicago Tribune“ wird von schwedischen Persönlichkeiten in Paris bestritten. Erwartung habe allerdings die Absicht gehabt, die französische Aktion der Ruhrbesetzung vor den Völkerbund zu bringen, aber dieser Versuch werde gerade von den Freunden Deutschlands in Schweden für zwecklos gehalten. Gingenen scheinen Verhandlungen gemacht zu werden, eine Protestbewegung unter den neutralen Mächten in Gang zu bringen.“

Gegen Alkoholmißbrauch und Schlemmerei.

Die Maßnahmen der Regierung.

In Anbetracht der schwierigen außenpolitischen Lage hat das Reichskabinett das Schankaktengesetz befristet und beschränkt. Es wendet sich gegen Alkoholmißbrauch und Schlemmerei und sucht die Erteilung von Konzessionen an erheblich schärfere Bedingungen als das bisherige Gesetz. Rünftig wird nicht nur die Bedürfnisfrage für die Konzessionserteilung maßgebend sein, sondern auch in allen Fällen, in denen zu befürchten ist, daß ein Vorkal der Schlemmerei dienen könnte, die Konzession grundsätzlich verweigert werden.

Ferner läßt das Gesetz, daß auch bereits erteilte Konzessionen zurückgezogen werden können. Damit wird rechtsgesetzlich eine Handhabe geschaffen, um allen jenen Uebeln, in denen heute der Nachbetrieb blüht, das Lebenslicht auszublenden.

Schließlich verbietet das Gesetz den Alkoholausgang an Jugendlichen unter 16 Jahren und den Branntweinabschank an Jugendliche unter 18 Jahren. Das Kabinett will damit Vorbeugung treffen, daß der Gesehntum mit großer Fleißentzung auch von den übrigen jugendlichen Körperchaften verabschiedet werde, damit es endlich möglich wird, dem Vergnügungstauel wirksam entgegenzutreten zu können.

Herabsetzung der Polizeistunde.

Die Reichsregierung wird heute nachmittags ihre Beratungen über die gegenwärtige Lage fortsetzen. Dabei werden heute wahrscheinlich bestimmte Maßnahmen, die im Innern zu treffen sind, erörtert werden. An diesen Besprechungen werden auch Mitglieder der preußischen Regierung teilnehmen. Es ist erwogen, die Polizeistunde erheblich herabzusetzen, und zwar wird diese voraussichtlich auf 11 Uhr festgesetzt werden. Ebenfalls dürfte ein Verbot aller öffentlichen Lausgaitbarkeiten erfolgen. Diese Maßnahmen werden wahrscheinlich schon in alternärdlicher Zeit, voraussichtlich morgen oder übermorgen, in Kraft treten.

Ministerialdirektor Heilbron Reichspressechef.

Wie wir erfahren, ist Ministerialdirektor Heilbron, der zuletzt die Abteilung 9 des Auswärtigen Amtes (Kulturpropaganda im Ausland) leitete, heute zum Chef der Reichspresseabteilung der Reichsregierung ernannt worden. Er hat bereits sein neues Amt angetreten.

Die Ernennung des Ministerialdirektors Heilbron zum Reichspressechef muß von der deutschen Presse mit Genugtuung begrüßt werden. Heilbron, der, aus Mannans Schule hervorgegangen, schon einmal während der Amtszeit des Kabinettschreibers-Simons Leiter der Reichspressestelle war, hat sich in den Kreisen der deutschen Journalistik starke Sympathien erworben. Die Gradheit seines Charakters, seine Kenntnisse und Erfahrungen und andere ausgezeichnete Eigenschaften lassen ihn für das Amt, das ihm jetzt abermals übertragen wurde, besonders geeignet erscheinen.

Der ehemalige Ernährungsminister.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2 Berlin, 17. Januar.

Der Vorstand der rheinischen Landwirtschaftskammer in Bonn hat einstimmig folgenden Beschluß gefaßt. Der Vorstand der rheinischen Landwirtschaftskammer nimmt Kenntnis von den Vorgängen, welche zum Ausscheiden des Herrn Dr. Müller aus dem Reichskabinett geführt haben. Der Vorstand ist in eine eingehende Prüfung der im Reichstag und in der Presse gegen Dr. Müller erhobenen Vorwürfe eingetreten. Ohne die Haltung des Dr. Müller in der sogenannten Alkoholenbewegung der Jahre 1918/1919 billigen zu wollen, stellt der Vorstand mit Genugtuung fest, daß Dr. Müller, wie er die statgesehliche

Das Githorgan „Economist“ ist der Hoffnung, daß der Völkerbund die Frage lösen werde. Das Blatt ist fest überzeugt, daß die jetzige Politik Frankreichs die gewünschten Milliarden nicht bringen wird. Die Regierung in Paris werde gezwungen sein, immer weiter zu gehen und immer mehr deutsches Land zu besetzen und immer mehr diktatorisch in dem besetzten Gebiet aufzutreten. Nach kürzerer oder längerer Zeit werde also die Lage vorhanden sein, in welcher eine Intervention des Völkerbundes nach seinen Satzungen notwendig sein werde. Es werde „einen Lebensfall“ geben oder wenigstens eine Aktion, welche eine „Bedrohung des internationalen Friedens“ darstelle. Das Blatt ist auch der Ansicht, daß England noch weitere Zugeständnisse an Frankreich machen könne, wenn es dadurch zu einer endgültigen Regelung kommen könne. Nicht nur auf Forderungen an seine Verbündeten, sondern auch auf jede Reparationszahlung seitens Deutschland solle England zugunsten Frankreichs verzichten.

Der Berliner Berichterstatter der „Times“ schreibt, es bestände Anzeichen dafür, daß in Deutschland die Politik eines passiven Widerstandes wenigstens für den Augenblick stärker sei als die Politik der Verhandlungen mit der Entente als Ganzes. Selbst die Sozialisten erklärten, daß Poincaré nirgends geschloffenere Gegner habe als unter den deutschen Arbeitern, und daß es sich nur um die Frage handle, ob angesichts der Not, die unvermeidlich für das deutsche Volk kommen müsse, die deutsche Republik ausfallen könne, bis in Frankreich ein Regierungsmechsel stattfinde und bis ein von seinen Großbrüthern und Americas ausgeübter Druck eine Wandlung zum besten Zustande bringen könne. — „Daily Mail“ und „Globe“ zufolge ruft die Lage im Ruhrgebiet immer größere Verwirrung hervor. In amtlichen Kreisen sei man der Ueberzeugung, daß der Vorkmarsch der Franzosen zur Katastrophe führe. Die britische Regierung sei noch nicht bereit, eine endgültige Aktion zu unternehmen, aber die Ansicht gewinne ständig an Boden, daß eine solche Aktion nicht mehr lange verschoben werden könne, wenn nicht eine durchgreifende Aenderung in der Gesamtlage eintrete. Bonar Law besaße sich fast ununterbrochen mit der Lage. Es werde endlich bezweifelt, ob Frankreich eine erniedrigende Niederlage seiner Politik vermeiden könne. „Manchester Guardian“ schreibt, für den Augenblick liege nicht viel Anzeichen dafür vor, daß eine Schwächung in der Haltung der deutschen Regierung lägen überhaupt eine Anzeichen vor. Tatsächlich zeige die deutsche Regierung eine beispiellose Fähigkeit zu antworten.

Entwicklung, welche die Bewegung annahm, erkannt hatte, die Folgerungen zog. Dr. Müller hat in seiner Tätigkeit als Generalsekretär der rheinischen Landwirtschaftskammer sich als vaterlandsliebender, treudeutscher Mann erwiesen. Der Generalsekretär Dr. Müller getraut nach wie vor unter Vertrauen.“

Die Frauen der abrückenden Amerikaner.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

2 Köln, 17. Januar.

Anlässlich der Abberufung der amerikanischen Besatzungstruppen gibt das amerikanische Hauptquartier die Bedingungen bekannt, unter denen die deutschen Frauen amerikanischer Soldaten ihren Männern nach Amerika folgen dürfen. Die amerikanischen Soldaten, vom Unteroffizier abwärts, haben für die Ueberfahrt ihrer Frauen selbst aufzukommen. Da deutsche Mäddchen durch eine nach dem 22. Dezember 1922 eingegangene Ehe mit amerikanischen Soldaten die amerikanische Staatsangehörigkeit nicht erworben haben, müssen sie zur Beschaffung der Einwanderungserlaubnis ungefähr die Summe von 40 Dollars mitbringen. Außerdem müssen sie sich beim Betreten der Vereinigten Staaten im Besitz von 50 Dollars befinden.

Politische Tageschau.

* Der Reichstagsrat soll am Freitag zu einer Sitzung zusammenkommen um sich mit der Kohlenlage, wie sie durch die Ruhrbesetzung geschaffen worden ist, zu beschäftigen.

* Nachdem geteilt die Metallarbeiter in Mitteldeutschland, vor allem in Halle, Weihenfeld, Leberberg und Gilsberg, mit erdrückender Mehrheit den Generalkonferenz beschloßen haben, kam vor dem Schlichtungsausschuß doch noch eine Einigung zu Stande. Die Arbeiter erhalten für die erste Jahreshälfte 400 Mark, für die zweite 480 Mark Stundensohn, dazu sogenannte Wertungszulagen. Damit ist der Streik vermieden. Es wird in allen Fabriken gearbeitet.

* Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik verhandelt am 25. Januar wegen der Beschwerde gegen die von verschiedenen Landeszentralbehörden erlassenen Verbote des Verbandes „nationalgefehrter Soldaten“ und des „Nationalverbandes deutscher Soldaten“. Die nächste öffentliche Verhandlung beim Staatsgerichtshof findet, wie schon mitgeteilt, am 18. Januar gegen den Deutschen Schutz- und Truppbund, Hauptgeschäftsstelle Hamburg, statt.

* Die Dresdener Regierung hat dem sächsischen Landtage einen Nachtrag zum erteilten Staatshaushaltplan auf das Rechnungsjahr 1922 vorgelegt. Die Einnahmen und Ausgaben balancieren, wie ein Privattelegramm meldet, mit 213 Millionen. Der Nachtrag zum außerordentlichen Staatshaushaltplan für 1922 weist die Summe von 5,3 Milliarden Ausgaben auf.

* Gerhart Saubmann besuchte, wie uns aus Dresden gemeldet wird, den sächsischen Ministerpräsidenten und teilte ihm mit, daß er von einer Millionenspende, die seine Freunde in der Reichshilfswerke für ihn gesammelt haben, einen wesentlichen Teil zur Unterstützung notleidender Kinder im sächsischen Grenzgebiet zur Verfügung zu stellen gedenke. Der Ministerpräsident hat unter dem Ausdruck herzlichsten Dankes die erbetene Hilfe der sächsischen Regierung bei Verteilung der Spende zugesagt.

* Amtsgerichtsrat Dr. Ludwig Herz, der Geschäftsführer des Parlamentarischer Untersuchungsausschusses, tritt heute in das 60. Lebensjahr ein. Dr. Herz, der bei den Reichstagswahlen 1907 und 1912 für die freisinnige Vereinigung bzw. Reichstagsfraktion kandidierte, hat in der demokratischen Presse zahlreiche Aufsätze, vor allem ausschließliche Untersuchungen über die Kriegsschuldfrage, veröffentlicht.

Wetterausblick für morgen in Berlin und Umgebung. Ein heiterer, bewölkt, übermorgens bewölkt und etwas neblig mit geringen Niederschlägen und mäßigen Westwind bis nordwestlichen Winden.

Frau Spanier vor Gericht.

Zusammenstoß zwischen Beschädigter und Zeugen.

Die heutige Verhandlung brachte die Vernehmung einiger Zeugen interessante Aufschlüsse, bei denen es zu wichtigen Aus-

Die Organisation der städtischen Gütergesellschaft. Der geschäftsführende Vorstand der städtischen Gütergesellschaft ist nunmehr vom Ruffstättler bestellt worden.

Ein Marzenbrot 582 Mark. Das Ernährungsamt der Stadt Berlin teilt mit: Die Erhöhung des Kohlenpreises, die zu Anfang der laufenden Woche in Kraft getreten ist, macht die Herstellung des Marzenbrot auf 582 Mark vom Beginn der nächsten Woche ab erforderlich.

Der Markt der unnotierten Werte zeigt die lebhafteste Geschäftstätigkeit eine feste Tendenz. Besonders größere Kurssteigerungen waren den Kolonialwaren und den Aktien der Zuckerfabriken zu verzeichnen.

Die Umwandlung des Straßenbahnbetriebs.

Die Beratungen in der Direktion der Berliner Straßenbahn über eine mögliche Umgestaltung des Straßenbahnverkehrs ist, wie ausgedrückt wird, fast abgeschlossen worden; es soll nun durch Vereinigung des Netzes der Betrieb der einzelnen Linien und damit die Rentabilität des Gesamtbetriebes gegeben werden.

Vorlaufend notierte Werte. (Ohne Gewähr.)

Table with multiple columns listing various stocks and their prices, including titles like 'Aktien', 'Anleihen', and 'Werte'.

Berliner Börse, 17. Januar 1923. Unnotierte Werte fest.

Table listing unnotated stock values with columns for company names and prices, including 'Brennerei Aktien', 'Handel Aktien', and 'Schiffahrt Aktien'.

Die Umwandlung des Straßenbahnbetriebs. (Continued)

Table listing various stocks and their prices, including titles like 'Aktien', 'Anleihen', and 'Werte', continuing from the previous table.

